

Antragsteller*innen: Alexander Hummel (BaWü) Bettina Gutperl (Berlin), Elisabeth Kula (Hessen), Jakob Migenda (Hessen), Janis Ehling (Berlin), Katharina Schramm (Berlin) Malte Pannemann (Thüringen)

Strategische Orientierung der Sozialistischen Linken

"Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem [am Menschen] demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen." (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. MEW 1, S. 385, 1844)

Als Sozialistische Linke nehmen wir das Ganze in den Blick. Das wird vor allem durch zwei Dinge deutlich. Erstens kennen wir den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, der hinter konkreten Erfahrungen der Ausbeutung und Unterdrückung steht. So kämpfen wir gemeinsam für konkrete Verbesserungen unserer Lebenslage. Wir geben uns dabei aber nicht der Illusion hin, dass ein gerechter Frieden ohne Bruch mit dem Kapitalismus machbar wäre. Über die unmittelbaren Tagesauseinandersetzungen hinaus behalten wir das Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen im Blick. Der Weg zu diesem Ziel ist für uns der demokratische Sozialismus. Das Ganze in den Blick zu nehmen bedeutet für uns Zweitens, dass wir keine Erscheinung der Unterdrückung, Ausbeutung und Unfreiheit übersehen – das heißt manchmal auch sich selbst und die eigene Erziehung und Kultur zu hinterfragen. Gegen wirklich alle Verhältnisse anzugehen, die der Freiheit und Gleichheit aller Menschen im Wege stehen bedeutet, dass wir keine einseitigen Prioritäten setzen. Das heißt nicht, dass wir uns nicht bewusst wären, dass die Macht ungleich verteilt ist. Gerade deshalb setzen wir auf gegenseitige Solidarität und Zusammenarbeit. Niemals lassen wir es zu, dass legitime Interessen gegeneinander Ausgespielt werden. Schließlich hängen Kapitalismus und Patriarchat untrennbar zusammen und stützen sich gegenseitig. Sei es bei der unbezahlten Hausarbeit die vor allem Frauen verrichten oder die Flucht der reichen Familien des globalen Nordens aus dieser Ungleichheit durch die Auslagerung der Hausarbeit an schlecht bezahlte Migrant*innen und die daraus resultierenden Global Care Chains, die ein weiteres Puzzleteil zur imperialistischen Ausbeutung des globalen Südens sind.

Krise des Neoliberalismus, Erneuerung der Linken, Neuaufstellung der SL

Unsere gegenwärtige Gesellschaft, die liberale Demokratie, ist in eine tiefe Krise geraten. Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert. Die wirtschaftliche Konkurrenz Europas mit den USA und China nimmt zu. Die Zahl der militärischen Auseinandersetzungen steigt an. Anders als in den 70ern wird das Wachstum der gesellschaftlichen Profite nicht mehr einigermaßen gleich, sondern fast nur noch nach oben verteilt. Dadurch nimmt die gesellschaftliche Spaltung zu. Immer weitere Teile der Gesellschaft fühlen sich nicht repräsentiert. Die Gesellschaft vereinzelt und eine diffuse Unzufriedenheit breitet sich aus. Reale und gefühlte Unsicherheit, Status- und Zukunftsangst nehmen zu und führen zu einem verbreiteten gesellschaftlichen Pessimismus. Damit einher geht eine Desorganisation und Resignation der großen Volksparteien und Teilen der Gewerkschaften. Das Schrumpfen der SPD und der Gewerkschaften in den letzten Dekaden wird für die gesellschaftliche Linke mehr und mehr zum Problem. Auch wenn sich in den Gewerkschaften auch wieder Erneuerungs- und Wachstumstendenzen bemerkbar machen und – gerade uns als

gewerkschaftlich orientierte Strömung die am Subjekt Arbeiter*innenklasse stets festhält – etwas Hoffnung geben.

Anders als viele in der Linken lange dachten, profitiert von der kapitalistischen Stagnation und der – teils selbst verschuldeten – Krise der Sozialdemokratie keineswegs die Linke. Stattdessen stärkt die neoliberale Gesellschaftsentwicklung eher rückwärts gewandte Kräfte – denen es lediglich um Besitzstandswahrung geht. Das Bürgertum verroht und die Mitte orientiert sich einerseits rechts, andererseits als Reaktion liberaler. Linke und soziale Positionen drohen hinter dieser Polarisierung zu verschwinden. Dabei wäre eine starke Linke so wichtig wie selten. Die Ungleichheit unter den Menschen nimmt absehbar zu. Die gesellschaftlichen Gegensätze verstärken sich. In den etablierten konservativen und liberalen Parteien nehmen autoritäre, unsoziale und undemokratische Politikansätze zu. Die aufkommenden Rechtsregierungen verstärken diese Tendenzen.

Statt die Stagnation der GroKo zu nutzen und von der Schwäche der SPD wie der Links-Rechts-Polarisierung zu profitieren, zerstreitet sich DIE LINKE um die richtige Strategie in dieser gefährlichen gesellschaftlichen Situation. Es gibt viele, die gegen die Rechtsentwicklung aktiv werden, in den Gewerkschaften wie der Zivilgesellschaft. Auch DIE LINKE wächst deswegen wieder. Statt diese Situation zu nutzen, werden falsche Gegensätze aufgemacht – Offene Grenzen vs. Abschottung sowie linkslibertäre Identitätspolitik vs. linksnationale Sozialstaatsromantik.

Gegen falsche Gegensätze

Vor allem linke Akademiker*innen beklagen eine Akademisierung der Linken und einen Fokus auf zu viel Identitätspolitik: Feminismus, Antirassismus etc. Sie behaupten die Linke habe die Arbeiterklasse vernachlässigt. Dabei verwischen sie aber komplett die Verantwortlichkeiten. Es gibt in der CDU, SPD, den Grünen und auch Teilen der Linken eine Haltung die neoliberale Politik in Regierungen durchsetzt und gleichzeitig die Ehe für alle oder die rechtliche Gleichstellung als einzige mögliche progressive Fortschritte verkaufen. Dabei vergessen die Kritiker*innen aber sich kompromisslos an die Seite fortschrittlicher linker Bewegungen auch in den Geschlechter- und Rassismusfragen zu stellen. Die rechtliche Gleichberechtigung ist ein Riesenfortschritt – sie hat die Benachteiligung der Lohnabhängigen aber nicht aufgehoben. Mittlerweile sind viel mehr Menschen von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen betroffen – Männer, wie auch weitaus stärker Frauen und Migrant*innen. Als Sozialistische Linke haben wir eine Klassenperspektive an der Seite aller Lohnabhängigen, die reale Widersprüche nicht einfach zukleistert.

Dazu gehört auch zur Kenntnis zu nehmen, dass überdurchschnittlich viele Gewerkschafter*innen AfD oder Grüne wählen. Dazu gehört auch zu realisieren, dass mittlerweile über 50% einer Generation ein Studium aufnehmen. Viele dieser Studierenden sind die Facharbeiter von heute und morgen. Sie verdienen teils weniger als ihre Eltern und haben kaum Aufstiegschancen. Allerdings stimmt, dass Haupt- und RealschülerInnen sowie Azubis auch von uns oft völlig vergessen werden und im Alltag der Linken zu wenig vorkommen. Will eine Linke gesellschaftlich wieder eine Machtperspektive entwickeln, muss sie die gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen und prekären (Schein-)Selbstständigen in den Mittelpunkt stellen und nicht die Gegensätze betonen. Das gilt auch beim Streitthema Nummer 1 der letzten Jahre.

Migration als wichtigste Frage?

Die Debatte um Migration wird destruktiv geführt. Als Linke müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass erregte Debatten um Migration vor allem den Rechten nützen. Mindestens so lange wie es Kapitalismus gibt, wird es auch Migration geben, denn der Kapitalismus produziert unablässig Fluchtursachen und Druck mehr oder minder Unfreiwillig die Heimat zu verlassen. In erster Linie setzen wir uns daher für das Recht und die Möglichkeit zu bleiben ein. Als Realist*innen stellen wir fest, dass unsere Gesellschaft eine Einwanderungsgesellschaft ist und bleibt. Das bringt positive Effekte mit sich aber auch Herausforderungen und Probleme. So werden Menschen mit Migrationsgeschichte oft in die Arbeitsverhältnisse gezwungen mit der geringsten Bezahlung und den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Menschen mit Fluchtbiographie werden wiederum in die selben Bereiche geschickt um den bereits etablierteren Migrant*innen aufs neue Konkurrenz zu machen. Diese Herausforderungen müssen wir offener verhandeln und konkreter diskutieren um antikapitalistische Lösungsstrategien entwickeln zu können. Abstrakte Diskussionen über Utopien wie Offene Grenzen bringen uns eher nicht weiter. Stattdessen sollten wir auch hier an der Seite der Lohnabhängigen stehen – national wie international. Das bedeutet konkret die Entsenderichtlinie genauso abzulehnen wie Abschiebungen und alle anderen Bedingungen die Lohnabhängige gegeneinander stellen oder ihre Bedingungen verschlechtern. International bedeutet das für Entspannungspolitik, ein Ende neoliberaler Handelsverträge, ein Verbot von Waffenexporten genauso einzutreten wie für eine Seenotrettung, die diesen Namen verdient, sichere Fluchtwege, internationale Tarifverträge und soziale Regulierungen.

Linke Neuformierung

Selbst wenn die SPD weiter schrumpft, werden die Parteien nicht verschwinden. Es gilt viel mehr zur Kenntnis zu nehmen, dass sich mit dem Kapitalismus und den Arbeits- und Lebensverhältnissen auch die Linke verändert. Die gesellschaftliche Linke stellt sich gerade neu auf und formiert sich. Wir setzen uns dafür ein, dass DIE LINKE eine möglichst starke Rolle darin zukommt.

Als LINKE stehen wir vor der besonderen Herausforderung die gesellschaftliche, arbeitsweltliche und kulturelle Zersplitterung zu überwinden und zu der Formulierung gemeinsamer Interessen zu kommen. Wir müssen dabei zur Kenntnis nehmen, dass uns das bislang zu wenig gelingt. DIE LINKE ist bislang vor allem in den Großstädten leidlich verankert und konnte sich in den letzten Jahren in die neuen studentischen Milieus ausbreiten, die zwar hoch qualifiziert, aber dennoch prekär beschäftigt sind. Daneben ist es uns gelungen in einigen sozialen Berufen eine gewisse Verankerung zu bekommen. All das reicht aber nicht aus. Wenn DIE LINKE es nicht schafft weitere Teile der Lohnabhängigen zu gewinnen, gerade in den strukturschwachen Regionen, wird sie absehbar scheitern. Das heißt, dass wir hier dringend Strategien und Projekte brauchen um uns breiter in der Arbeiter*innenklasse in ihrer Breite zu verankern.

Innerparteiliche Handlungsfelder, die die Partei stärken

Deshalb stehen wir ein für ein starkes Bündnis von Partei, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Gesellschaftsveränderung kann nicht nur über Anträge im Parlament gelingen. Umgekehrt sind wir uns im klaren darüber, dass Bewegungen auf der Straße meist auch an den Gesetzgeber appellieren endlich Abhilfe zu schaffen. Die LINKE muss nach unserem Dafürhalten teil von Bewegungen und gut mit ihnen vernetzt sowie im Parlament stark vertreten sein. Die Gewerkschaften dürfen sich dafür nicht allein auf das Aushandeln von Tarifverträgen beschränken, sondern müssen politischer werden und sich mit Rüstungskonversion genauso befassen wie mit der Politik der Schwarzen Null und einer Demokratisierung ihrer Streikkultur. Die

Bewegungen in der Zivilgesellschaft dürfen sich nicht alleine auf symbolischen Protest auf der Straße beschränken sondern müssen mit ihren Aktionen öfter dahin gehen, wo es weh tut uns sich darüber hinaus um einen Verstetigung ihrer Netzwerke und ihrer Praxis bemühen. Wir versuchen daher in Zusammenarbeit mit der BAG Betrieb und Gewerkschaft die gewerkschaftliche Verankerung zu stärken und wenn möglich Betriebsgruppen zu gründen. Schulter an Schulter kämpfen wir alle dabei für Reformen, die uns dem guten Leben für alle und der Revolution Stück für Stück ein bisschen näher bringen und außerdem durch mehr Transparenz und mehr demokratische Partizipationsmöglichkeiten unsere Aktionsmöglichkeiten ausdehnen, so dass wir unserem großen Ziel beständig näher kommen.

Sozialistische Perspektive stärken

Gerade weil die Zeiten wieder grundsätzlich werden, setzen wir uns ausdrücklich für eine breite sozialistische gesellschaftliche Alternative ein. Wir knüpfen dabei positiv an die Arbeiterbewegung an, die als Klassenbewegung sowohl die Demokratie, den Sozialstaat, Arbeiter*innen- wie Frauenrechte durchgesetzt hat. Bloße sozialliberale Ansätze der Armenfürsorge, Grundeinkommen etc. lehnen wir genauso ab wie Verschlimmbesserungen in Regierungen und Kommunen. Wir setzen uns ein für gesellschaftlich und gewerkschaftlich breit getragene soziale und ökologische Wirtschaftskonzepte, Umverteilung und eine Beschränkung der Märkte zum Wohle aller.